ASIEN 02.11.2017 | Carl Bildt

Rührt Euch!

Vierundsechzig Jahre nach dem Koreakrieg könnten Verhandlungen über einen Friedensvertrag der Anfang vom Ende der Krise sein.

Könnte die Welt bald einen weiteren verheerenden Krieg auf der koreanischen Halbinsel erleben? Diese Frage ist heute beherrschendes Thema in vielen Gesprächen.

Freilich sind die Bedenken hinsichtlich des Atomwaffenprogrammes des nordkoreanischen Regimes nicht neu. Die Vereinigten Staaten versuchten dieses Problem im Jahr 1994 mit dem Genfer Rahmenabkommen zwischen den USA und Nordkorea zu lösen; doch diese Bemühungen scheiterten aufgrund von Maßnahmen, die auf beiden Seiten ergriffen – und nicht ergriffen – wurden. Im Jahr 2006 zündete dann Kim Jong-ils Regime die erste Atombombe und brachte das Thema damit wieder direkt auf die Agenda des UNO-Sicherheitsrates.

Im darauffolgenden Jahrzehnt führte Nordkorea fünf weitere Atomtests durch – den jüngsten im September – und demonstrierte damit die nötige technologische Kompetenz, um moderne thermonukleare Waffen zu entwickeln. Und unter Kim Jong-uns Führerschaft eskalierte die Situation weiter, als das Regime begann, entscheidende Fortschritte in Richtung der Entwicklung von Interkontinentalraketen zu machen, die in der Lage sind, das US-Festland zu treffen. Diese Entwicklung fiel mit dem Beginn der Präsidentschaft von US-Präsident Donald Trump zusammen, der einen neuen Ansatz im Bereich internationaler Angelegenheiten versprach.

Nordkorea hat sein Bekenntnis zur Entwicklung atomarer Raketenkapazitäten im Langstreckenbereich deutlich untermauert. In den Augen des Regimes sind Atomwaffen die einzige Versicherung gegen Angriffe. Ohne diese Waffen, so Kims Sicht der Dinge, würde ihn das gleiche Schicksal ereilen wie Saddam Hussein im Irak und Muammar al-Gaddafi in Libyen, die ihre Bestrebungen zum Bau von Atomwaffen aufgegeben hatten.

Ohne Atomwaffen, so Kims Sicht der Dinge, würde ihn das gleiche Schicksal ereilen wie Saddam Hussein im Irak und Muammar al-Gaddafi in Libyen.

In diesem Zusammenhang ist das amerikanische Ziel eines denuklearisierten Nordkoreas ohne Langstreckenraketen mit diplomatischen Mitteln nicht zu erreichen. Trump erklärte jedenfalls, Diplomatie sei „Zeitverschwendung“ und er warnte unheilvoll, dass „nur eine Sache funktionieren“ wird, obwohl er nicht ausführte, was das heißt.

In Anbetracht der Tatsache, dass weder die USA noch Nordkorea große Begeisterung für Gespräche an den Tag legen, könnte man zu der Schlussfolgerung gelangen, ein Krieg sei unausweichlich. Doch trotz aller Kriegslust ist es unwahrscheinlich, dass das nordkoreanische Regime einen umfassenden militärischen Konflikt vom Zaun bricht, denn das wäre mit Sicherheit sein Untergang. Gleichzeitig verfügen auch die USA über keine guten Erstschlagsoptionen. Präzisionsangriffe mögen vielversprechend klingen, sind aber kaum absolut zuverlässig. Die amerikanischen Militärkommandanten wissen sehr genau, dass ein regionaler – oder gar atomarer – Krieg mit Millionen Opfern ausgelöst werden könnte, wenn es nicht gelingt, alle Atomwaffen Nordkoreas mit einem Schlag zu zerstören.

In den USA behaupten die Befürworter von Militäraktionen, dass Abschreckung im Falle eines „irrationalen“ Regimes nicht funktioniert. Allerdings besteht kein Grund zur Annahme, dass Kim auf einen Massenselbstmord aus ist. Als sich Maos China in den 1960er Jahren an die rasche Entwicklung von Atomwaffen machte, unterschied sich dessen Begründung für diesen Schritt schließlich nur wenig von jener, die Nordkorea heute vorbringt, aber niemand zweifelte daran, dass Abschreckung Wirkung zeigen würde.

Es besteht kein Grund zur Annahme, dass Kim auf einen Massenselbstmord aus ist.

Dennoch: Selbst unter der Annahme einer funktionierenden Abschreckung – verkörpert durch Trumps Drohung, die USA würden Nordkorea „völlig zerstören“ – wird diese ein atomar aufgerüstetes und mit Langstreckenraketen bewaffnetes Nordkorea nicht daran hindern, das strategische Kalkül in Nordostasien grundlegend zu verändern. Die nukleare Abschreckung der USA schützt in erster Linie die Vereinigten Staaten. Es bleibt abzuwarten, ob eine „erweiterte Abschreckung” der USA weiterhin auch amerikanische Verbündete wie Südkorea und Japan schützen wird. Wenn das US-Festland zu einem

möglichen Ziel eines nordkoreanischen Atomangriffs wird, könnte die Glaubwürdigkeit der Abschreckung davon abhängen, ob die USA bereit sind, für die Rettung Seouls oder Tokios San Francisco zu opfern.

Zweifel am nuklearen amerikanischen Schutzschirm in der Region könnten Südkorea und Japan dazu bewegen, die Entwicklung ihrer eigenen nuklearen Optionen zu beschließen. Tatsächlich verfügte Südkorea lange vor Nordkorea über ein Atomwaffenprogramm. Davon verabschiedete man sich, als Südkorea 1975 den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnete, aber in Seoul ist ein Neustart des Programms mittlerweile zum Gegenstand von Diskussionen geworden. Müßig zu erwähnen, dass eine weitere nukleare Eskalation auf der koreanischen Halbinsel überaus gefährlich wäre, nicht zuletzt, weil Kims Regime sich noch stärker bedroht fühlen würde, als dies momentan ohnehin schon der Fall ist.

Bislang bestand der amerikanische Ansatz gegenüber Nordkorea in einer Verschärfung der Sanktionen und der Auslagerung des Problems an China. Doch obwohl China starke wirtschaftliche Verbindungen zu Nordkorea unterhält, ist es nicht klar, ob China über den Einfluss verfügt, das Verhalten des Kim-Regimes zu ändern, selbst wenn es das wollte. Für einen Erfolg wäre wahrscheinlich so etwas wie ein Regimewechsel erforderlich.

Deshalb ist es unklug, sich völlig auf China zu verlassen. Es bedarf eindeutig eines umfassenderen diplomatischen Ansatzes und man sollte damit beginnen, das Grundproblem in Angriff zu nehmen: nämlich die Tatsache, dass niemals ein Friedensvertrag zur Beendigung des Koreakrieges der Jahre 1950-1953 unterzeichnet wurde.

Das Grundproblem ist die Tatsache, dass niemals ein Friedensvertrag zur Beendigung des Koreakrieges der Jahre 1950-1953 unterzeichnet wurde.

Ein Dialog darüber, den seit 64 Jahren bestehenden Waffenstillstand durch ein formales Friedensabkommen zu ersetzen, könnte den Weg für breitere Diskussionen über nukleare Eskalation und andere Bedrohungen der regionalen Stabilität ebnen. Zumindest könnte man den derzeitigen diplomatischen Stillstand überwinden und den beteiligten Parteien mehr Anlass geben, von weiteren Provokationen abzusehen.

Allgemeiner formuliert müssten sich neue diplomatische Bemühungen den Sicherheitsbedenken Nordkoreas widmen und dem Norden

Spielraum eröffnen, sich politisch und wirtschaftlich zu entwickeln, wie dies bei China in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Das hört sich vielleicht nach Zukunftsmusik an, wäre aber nach der Lösung der Sicherheitssituation auf der Halbinsel nicht ausgeschlossen.

Die Alternative besteht darin, den derzeitigen Weg fortzusetzen und damit einen militärischen Konflikt oder einen Krieg größeren Ausmaßes zu riskieren. Selbst wenn die schlimmsten Szenarien abgewendet werden sollten, hätte die Region in den kommenden Jahren nichts anderes als Instabilität zu erwarten.

(c) Project Syndicate



Carl Bildt

Carl Bildt war von 2006 bis Oktober 2014 schwedischer Außenminister und von 1991 bis 1994 Ministerpräsident. Unter anderem war er als Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, als UN-Sonderbeauftragter für den Balkan und als Vizevorsitzender für die Friedenskonferenz von Dayton tätig. Er ist Vorsitzender der Global Commission on Internet Governance und Mitglied des Global Agenda Councils zu Europa des Weltwirtschaftsforums.